

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/142

28. Juli 1976

Unehrlichkeit ist keine Alternative

Die CDU/CSU verschweigt dem Wähler ihr Programm

Von Werner Buchtaller MdB
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 1 / 39 Zeilen

Dr. Helmut Kohl's "Kassensturz"

Die CDU widerlegt ihre politische Handlungs-
fähigkeit

Von Dr. Herbert Günther
Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund

Seite 2 / 40 Zeilen

Polizeireform für mehr Sicherheit des Bürgers

Eine Modell-Organisation in einer Millionenstadt

Von Werner Staak
Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Seiten 3 bis 5 / 133 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberdt Eckert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 86 37 - 85
Telex: 06 86 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 97 66 11

Unehrlichkeit ist keine Alternative

Die CDU/CSU verschweigt dem Wähler ihr Programm

Von Werner Buchstaller MdB

Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die SPD befindet sich in diesem Wahlkampf in einer Position äußerster Ehrlichkeit gegenüber dem Wähler. Wichtigster Punkt dieser Ehrlichkeit ist, daß wir vor den Wahlen klar unsere Absicht äußern, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, weil die vergangene Weltwirtschaftsrezession alle Finanzplanungen über den Haufen geworfen hat; rd 20 Milliarden DM Konjunktur-Stützungsgelder sind zu verkräften.

Die Steuererhöhung bedeutet nach den bisherigen Schätzungen, daß für die Jahre 1977 bis 1979 rund 25 Milliarden DM dem Bundeshaushalt zusätzlich zur Verfügung stehen. Zweifellos braucht der Bund zur Fortsetzung seiner Politik für und mit dem Bürger dieses Geld. Die CDU/CSU dagegen lehnt diese Steuererhöhung ab. Da wäre ihr gutes Recht, wenn sie nur sagen würde, auch dem Wähler vor der Wahl, wo sie das fehlende Geld einaparen will.

Bundesfinanzminister Dr. Hans Apel hatte bereits vor dem Bundesrat erklärt, daß weitere Einsparungen am Bundeshaushalt zur Verringerung der Defizite nur in den Bereichen Soziales und Verteidigung vorgenommen werden könnten. Das heißt für den Wähler, daß seine soziale Sicherheit radikal gefährdet würde, und daß die großartigen Versprechungen der CDU/CSU auf dem verteidigungspolitischen Gebiet nicht wahr gemacht werden könnten, denn die Verteidigungsausgaben müßten sogar gesenkt werden.

Die Wähler werden vor der Wahl des 3. Oktobers in dieser sicherlich wichtigsten Frage, der Frage der Finanzen, keine Antwort von der Opposition erhalten. Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl, der seit Monaten noch nicht einmal sein Schattankabinett zusammenbringt, weil Strauß dagegen ist, hat auf dem Wehrpolitischen Kongreß der CDU/CSU in München erklärt, erst nach der Wahl werde man sagen, wo für 1977 6,9 Milliarden DM, für 1978 8,5 Milliarden DM und für 1979 9,3 Milliarden DM gespart werden sollen.

Diese Unehrlichkeit wurde von dem verteidigungspolitischen CDU-Sprecher Manfred Würner eindeutig bestätigt, wobei er diese Verschleierung auch noch mit dem zynischen Satz garnierte: "Wir werden dieser Regierung doch keine Schützenhilfe geben".

Damit ist aber auch bewiesen, daß der CDU/CSU ihre Lage durchaus bewußt ist. Allein aus Angst vor dem Wähler schweigt sie. Sollte der recht unwahrscheinliche Fall eintreten, daß die CDU/CSU die Regierung übernimmt, wäre der Wähler in jeder Hinsicht getäuscht worden. Käme die Mehrwertsteuer-Erhöhung doch, hätte die CDU/CSU vor der Wahl gelogen. Würde die CDU/CSU die genannten Beträge einsparen wollen, hätte kein Wähler vor der Wahl wissen können, wie hart es ihn trifft.

Aber wer kauft schon eine Katze im Sack, auch wenn er weiß, daß es eine schwarze ist.

(-/28.7.1976/mie/e)

+ + +

Dr. Helmut Kohl "Kassensturz"

Die CDU widerlegt ihre politische Handlungsfähigkeit

Von Dr. Herbert Günther

Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund

Der Kanzlerkandidat der Union redet gerne von dem großen Kassensturz, den er, sei er erst einmal Bundeskanzler, vornehmen würde. Danach erst, so sagt Dr. Helmut Kohl, seien konkrete Aussagen über die Politik einer unionsgeführten Bundesregierung möglich.

Der große Kassensturz! Dr. Kohl gefällt sich hier in einem geradezu altväterlich-griffigen Bild, einer Pose hausälterischer Ehrenhaftigkeit, die nichts versprechen möchte, was später nicht zu finanzieren sei. Unübersehbar enthält seine Äußerung freilich auch das Eingeständnis der finanzpolitischen Uninformiertheit, das den Haushaltspolitikern der CDU/CSU im Bundestag und Bundesrat ein denkbar schlechtes Zeugnis ausstellt. Womit, so wird man fragen dürfen, beschäftigen sich eigentlich die Abgeordneten der Opposition im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, wenn nicht mit der Haushaltslage des Bundes? Welchen Wert mißt der Kanzlerkandidat der Union den Cassandrarufern seines Sozialministers Dr. Heinrich Geißler bei, der doch nicht müde wird, die finanzielle Zukunft im Gesundheitswesen und bei der Rentenversicherung in denkbar düsteren Farben zu malen? Welche Sachkompetenz schließlich billigt Kohl den Finanzministern der unionsregierten Länder zu, die sich im Finanzausschuß des Bundesrates und im Finanzplanungsrat mit der Entwicklung des Bundeshaushaltes auseinandersetzen?

Tatsächlich ist es wohl nicht so sehr Uninformiertheit, die den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten nach dem großen Kassensturz rufen läßt, sondern die Unfähigkeit der Union zu konkreter politischer Aussage. Offensichtlich ist es Dr. Kohl nicht möglich, die widersprüchlichen Tendenzen in CDU und CSU zu klaren politischen Zielsetzungen zusammenzufassen. Wo auch soll er etwa bei dem wichtigen Thema Haushalt und Konjunkturpolitik einen gemeinsamen Nenner finden, wenn einerseits der schleswig-holsteinische Ministerpräsident und stellv. CDU-Vorsitzende Dr. Gerhard Stoltenberg einen rückläufigen Anteil investiver Ausgaben am Bundeshaushalt beanstandet, andererseits aber sein Kollege Dr. Ernst Albrecht aus Niedersachsen eben diese Drosselung investiver Ausgaben als vorzügliches und selbsterprobtes Mittel der Haushaltsanhebung anpreist? Beide Aussagen verbindet nichts als ihre absolute Gegensätzlichkeit. Welche politische Linie, um ein weiteres Beispiel zu nennen, führt von dem Parteitagsbeschluß der CSU, in dem sie den Planungswertausgleich forderte, zu der Ablehnung eben dieses Planungswertausgleichs durch die CDU/CSU bei der Bodenrechtsnovelle? Im Jahre 1972 wollte die CDU dem Bund die Vollkompetenz im Wasserhaushalt zubilligen. Zwei Jahre später war davon keine Rede mehr.

Politische Inkonsistenz, so scheint es, bleibt die beherrschende Konstante bei den Unions-Parteien. Der Ruf nach dem großen Kassensturz beweist nicht ihre politische Handlungsfähigkeit, er widerlegt sie.

(-/28.7.1976/mie/e)

Polizeireform für mehr Sicherheit des Bürgers

Eine Modell-Organisation in einer Millionenstadt

Von Werner Staak

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Seit Monaten treiben die CDU und mit ihr die verschiedensten Hilftrouppen ein böses Spiel mit dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis unserer Bürger. Sie wollen der Öffentlichkeit vorgaukeln, daß die Sozialdemokraten mit ihrer Politik nicht mehr Sicherheit schaffen, sondern Sicherheit langfristig abbauen. Gegenstand der CDU-Polemik ist z. B. in Hamburg die Polizeireform. Die Betroffenen und Experten meinen aber, diese Reform sei die Voraussetzung dafür, daß auch in Zukunft der Anspruch des Bürgers auf Innere Sicherheit in dieser Großstadt kein leeres Programm bleibe.

Die Ansätze für die Veränderung der Polizeiorganisation liegen weit zurück. Wie auch andere Großstädte sah sich Hamburg einer Entwicklung gegenüber, die langfristig mit der bisherigen Organisationsform der Polizei nicht mehr zu bewältigen war. Seit 1950 waren die registrierte Kriminalität und die Unfälle im Straßenverkehr kräftig gestiegen. Nicht nur die rein zahlenmäßige Entwicklung bereitete aber Sorgen, gravierender war, daß die Arbeit immer vielschichtiger und schwieriger wurde, denn die wirtschaftlichen, sozialen und technischen Entwicklungen unserer Gesellschaft spiegelten sich auch in den veränderten Anforderungen an die Polizei wider.

Trotz des Einsatzes von verbesserten Ausrüstungen und weiterentwickelten Arbeitsmethoden zeigten sich die Grenzen und Schwächen einer überholten Organisationsform, denen man auch mit einer Personalvermehrung nicht begegnen konnte. Entspricht eine Organisation nicht mehr den aktuellen Anforderungen, dann saugt sie über kurz oder lang jede Personalverstärkung auf, ohne die Situation dauerhaft zu verbessern.

Deshalb entschloß sich der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg gegen Ende des Jahres 1970 zu einer ungewöhnlichen Maßnahme. Er beauftragte eine Schweizer Unternehmensberaterfirma mit einer Untersuchung. Daren Expertenteam ergründete in vielen Gesprächen mit Polizeibeamten aus allen Abteilungen die Ursachen für die erkennbaren Mängel und erarbeitete konkrete Verbesserungsvorschläge, die innerhalb der Polizei auf eine weitgehende Übereinstimmung stießen. Nach gründlichen internen Diskussionen mit allen Beteiligten und der Einbeziehung weiterer Anregungen und Änderungen nahm das in sich schlüssige Konzept im September 1973 die letzte parlamentarische Hürde. Die von der Hamburger Bürgerschaft beschlossene Polizeireform trägt den gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozessen Rechnung.

Präsenz, Konzentration, Mobilität. Was ändert sich nun im Zuge der Reform? Richtschnur der Reform sind die drei Grundprinzipien "Präsenz",

"Konzentration" und "Mobilität". Als die Polizei in Hamburg vor mehr als 150 Jahren entstand, war sie eine stationäre Organisation gewesen. Man ging damals davon aus, daß eine möglichst hohe Zahl von Stützpunkten die Sicherheit der Bürger am ehesten gewährleisten könnte und orientierte sich dabei an dem Aktionsradius, den ein Polizist zu Fuß bewältigen konnte. Wo einst viele Menschen lebten, wurden auch entsprechend viele Wachen eingerichtet. Mittlerweile hat sich die Struktur dieser Stadt gewandelt. Die Bürger sind aus den ehemals dicht besiedelten Stadtteilen in die Randzonen gezogen. Einwohnerzahlen und Bevölkerungsstrukturen haben sich entsprechend verändert. Die Folge: In Hamburg stehen zu viele kleine, teilweise veraltete Dienststellen in Gegenden, die im Vergleich zu früher nur noch dünn besiedelt sind.

Ein wichtiger Schritt der Reform ist deshalb die drastische Reduzierung von kleineren Dienststellen; die bisher durch den Innendienst gebundenen Kräfte stehen in Zukunft für den Außendienst zur Verfügung. Weniger Dienststellen mit mehr Personal für den Außendienst bedeuten zugleich mehr Flexibilität und Effektivität. Man schafft damit die Voraussetzung dafür, daß die Polizei nicht nur zu allen Zeiten dort eingesetzt werden kann, wo sie benötigt wird, sondern sie kann darüber hinaus durch personalstarke, gezielte Schwerpunkteinsätze mehr Sicherheit produzieren.

Die Auflösung von kleinen Wachen bedeutet nicht, daß sich die Polizei damit aus dem Straßenbild der Stadt zurückzieht. Genau das Gegenteil ist der Fall. Durch die mengenmäßige und qualitative Verbesserung der Ausrüstung werden wir die Beamten effektiver im Streifen- und Einsatzdienst verwenden können. Wir erhöhen allein die Zahl der Funkstreifenwagen um 50 v. H. Wir entlasten die Polizeibeamten von unnötigen Schreibarbeiten durch den Einsatz von Diktiergeräten und Schreibdiensten. All das verlangt auch bei der Polizei ein grundlegendes Umdenken.

Weniger Dienststellen bedeuten auch nicht, daß die Bürger ihre Hilfeersuchen nicht mehr loswerden, denn in 95 v. H. aller Fälle wenden sie sich bereits jetzt über den Notruf 110 direkt an die Polizeizentrale und nicht an ihre Wache. Da wir durch die Reform mehr Beamte mit mehr Fahrzeugen im ständigen Streifendienst einsetzen können, helfen wir den Bürgern in Zukunft sehr viel direkter. Es wird zu oft verkannt, daß die kleinen Wachen früher keinerlei eigene Hilfe anbieten konnten, wenn der Streifenwagen bereits im Einsatz war. In solchen Fällen mußten von anderen Wachen Streifenwagen angefordert werden. Das kostete nicht nur wichtige Zeit, sondern diesen Beamten fehlten die wichtigen Orts- und Milieukenntnisse. Diese Gefahr besteht bei größeren, personalstärkeren Einheiten nicht mehr.

Jeder Versuch, die Arbeit der Polizei im Einsatz zu rationalisieren, und sie noch effektiver zu machen, bleibt Stückwerk, wenn die Gesamtplanung nicht auf die Bedürfnisse der Beamten abgestellt ist. Die Humanisierung der Arbeitsplätze und die Konzentration der Dienststellen sind unmittelbar voneinander abhängig. Die kleinen und veralteten

Wachen blockierten und blockieren alle Versuche, die Dienstgebäude funktionsgerechter und menschenwürdiger zu gestalten. Hierzu sind größere Einheiten erforderlich. Deshalb stand für uns während der Diskussion über Haushaltseinsparungen fest, daß die finanziell erforderlichen Abstriche nicht bei den Ausstattungen und beim Wachenneubau- und Erweiterungsprogramm vorgenommen werden durften. Wir haben aus diesem Grund auf den Neubau von drei teuren Direktionsgebäuden verzichtet und statt dessen fertige Gebäude angemietet und gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Personalräten ein Wachprogramm für die nächsten Jahre abgestimmt, das sich stärker an den Bedürfnissen der Beamten und ihrer Arbeit orientiert.

Schluß mit dem Spartendenken! Die Reform der Polizei soll sich aber nicht darin erschöpfen, für die Beamten bessere Bedingungen zu schaffen, die Reform der Organisation muß sich umsetzen in mehr Effektivität. Deshalb wollen wir auch in Hamburg Schluß machen mit einem Spartendenken in der Polizei, das durch die Aufgabenstellung nicht zu rechtfertigen war und ist. Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Wasserschutzpolizei werden in Zukunft integriert - und zwar auch räumlich integriert - und unter einer gemeinsamen Einsatzführung für mehr Sicherheit sorgen. Die Polizei gliedert sich zukünftig in Hamburg in vier Direktionen - statt bisher sieben für die Schutz- oder Kriminalpolizei sowie zwei für die Wasserschutzpolizei. Dieser Schritt findet nicht bei allen Beteiligten die ungeteilte Zustimmung, weil damit liebgewordene Gewohnheiten im Interesse des Bürgers über Bord geworfen werden müssen.

Durch die Integration auf Direktionsebene und durch die Schaffung von Fachdirektionen kann in Zukunft die regionale Verbrechensbekämpfung intensiviert werden, weil durch eine neuartige Auswertung der Eigangefälle sehr viel schneller aus lokale und regionale Schwerpunkte reagiert werden kann; weil die Fachdirektionen durch die eingeleitete Spezialisierung sehr viel effektiver und erfolgreicher eingesetzt werden können; weil die Fachdirektionen ihre Orts- und Milieukenntnisse gewinnbringend umsetzen können; weil die Direktionen für ihre Arbeit über Spezialeinheiten verfügen - wie die Jugendschutztruppe, die weibliche Schutzpolizei oder Einsatzgruppe "Besondere Dienste" -, die in dieser Form zum Teil früher nicht für die regionale Arbeit zur Verfügung standen, und weil erst durch die Konzentration die Ausrüstung mit teuren Spezialeinrichtungen möglich und sogar wirtschaftlich wird.

Dieser Prozeß soll dazu führen, daß die Polizeidirektion in der Verbrechensbekämpfung sehr viel dichter und durch mehr Fahrzeuge auch sehr viel schneller an den unruhigen Brennpunkten präsent ist. Die Polizei dieser Stadt wird fortan straffer organisiert, mit klaren und übersichtlichen Zuständigkeiten und unter angenehmeren Bedingungen arbeiten. Hamburg schafft etwas Beispielhaftes, das anderen Bundesländern, die die Neuorganisation noch vor sich haben, als Modell dienen wird. Wir haben, so meine ich, einen Beitrag zum "Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland" geliefert, der sich sehen lassen kann. Wir schaffen durch die Polizeireform nicht weniger, sondern für heute und für die Zukunft mehr Sicherheit für die Bürger in unserer Stadt.

(-/28.7.1976/mie/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Eckert